

# Ministerium: Umwidmung ist möglich

## Flüchtlingsheime

**Baden-Baden** (hol) – Das baden-württembergische Wirtschaftsministerium hat auf Nachfrage bestätigt, dass Flüchtlingsunterkünfte in der Kurstadt als Sozialwohnungen umgenutzt werden könnten, ohne dass deshalb Zuschüsse zurückgezahlt werden müssten. Bürgermeister Michael Geggus hatte gegenüber dem BT am Rande eines Pressegesprächs entsprechende Mitteilungen der Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) und Tobias Wald (CDU) angezweifelt.

Stefanie Neuffer, Pressereferentin des Ministeriums, stellt nun klar, dass die Zweifel von Geggus nicht berechtigt sind. Der Stadt sei in drei Fällen ein Landeszuschuss nach dem Förderprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ in Höhe von 25 Prozent der Investitionskosten gewährt worden, teilt sie mit. „Im Falle einer Bedarfsänderung ist eine Nutzung des geförderten Wohnraums als sozialer Mietwohnraum zulässig. Die Gemeinde hat die Bedarfsänderung plausibel gegenüber der L-Bank darzulegen“, so Neuffer weiter. „Nach Kenntnisstand des Ministeriums hat die Stadt Baden-Baden bisher aber keine Bedarfsänderung angezeigt.“

Weitere Klärung bei dem Thema verlangt die Fraktion der Freien Wähler (FW) im Gemeinderat von der Verwaltung. „Seit Jahren heißt es seitens der Verwaltung, dass nicht genügend Sozialwohnungen vorhanden sind und diese bei Neubaugebieten berücksichtigt werden müssen“, heißt es in einer Mitteilung von FW-Sprecher Tobias Nett. Deshalb will er, dass die Verwaltung nicht nur Zahlen der Ist- und Soll-Belegung der Flüchtlingsunterkünfte vorlegen soll, sondern auch darstellen soll, wie der Stand bei Sozialwohnungen aussieht, damit man mit leerstehenden Unterkünften gegensteuern könne.